

Die Stadtverordnetenversammlung - Ausschuss für Schule und Kultur -

Tagesordnung I Punkt 7 der öffentlichen Sitzung am 08. Mai 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-33-0036

Fritz-Gansberg-Schule

-Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 30.04.2013-

Die Fritz-Ganbserg-Schule verfügt über zu kleine und unterschiedlich große Klassenräume, keinerlei Differenzierungsräume und eine winzige Gymnastikhalle, die kaum mehr benutzbar ist. Die Grundschüler werden für die Sportstunden mit dem Bus in benachbarte Schulen (Johannes-Maaß-Schule, IGS Kastellstraße, Helene-Lange-Schule, Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule) transportiert.

Im Schulentwicklungsplan 2010 - 2015 ist davon die Rede, dass die Schule bis zum Schuljahr 2014/2015 um 25% wachsen wird.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

- (1) Inwieweit tragen die Bewertungen innerhalb der Prioritätenliste den geschilderten Sachverhalten Rechnung?
- (2) Was hat sich aus Sicht der Schulentwicklungsplanung, seit Vorlage der Prioritätenliste im Frühjahr 2012 verändert?
- (3) Welchen Planungen und (Kooperations-)Konzepte gibt es um Betriebsbeeinträchtigungen, wie z.B. fehlende Sportflächen zukünftig aufzufangen?
- (4) Gibt es mit der Schule Gespräche hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Schule?
- (5) Gibt es seitens des Magistrates oder der zuständigen Ämter bereits Überlegungen hinsichtlich eines Neubaus einer Grundschule in für die Innenstadt und in welcher Weise spielt die Fritz-Gansberg-Schule hierbei eine Rolle?

Beschluss Nr. 0046

Der Antrag wird angenommen.

Von der Ankündigung des Magistrats (Dezernat V), zu diesem Themenbereich zeitnah eine Sitzungsvorlage einzubringen, wird Kenntnis genommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung Wiesbaden, .05.2013

Schickel Vorsitzender

Seite: 1/2

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2013

Dem Magistrat mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung

Nickel

Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat - 16 - Wiesbaden, .05.2013

Dezernat V mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller

Oberbürgermeister